

Beschluss-/Ergebnisprotokoll

über die 3. Sitzung der Wahlperiode 2019 - 2023 des
Fachausschusses Soziales und Armutsprävention
des Beirates Huchting, am Dienstag, den 09.11.2021 als Videokonferenz via GoToMeeting

<u>Anwesend:</u>	Ortsamt	Herr Schlesselmann
	Fachausschuss	Frau Brkić, Frau Seifert, Frau Svimmerska, Frau Wendt, Herr Dorn Herr Hamen, Herr Monsig, Herr Seifert
	Gäste	Frau Hinrichsen und Frau Schommer (beide Wohn- und Betreuungsaufsicht), Herr Hollatz (Geschäftsführer Seniorenwohnpark Weser), Herr Hebbrecht (Regionalleiter Residenzgruppe)

Die Sitzung beginnt um 18:00 Uhr. Es wurde ordnungsgemäß geladen und der Fachausschuss ist beschlussfähig.

Die mit der Einladung versandte **Tagesordnung** wird wie folgt festgestellt:

1. Seniorenwohnheim Haus am Sodenmattsee
2. Obdachlosigkeit bzw. Wohnungslosigkeit
3. Verschiedenes

TOP 1 Seniorenwohnheim Haus am Sodenmattsee

Der Vorsitzende erklärt, dass der Grundlage für diesen Tagesordnungspunkt die Berichterstattung bei „Buten & Binnen“ über das Haus am Sodenmattsee I ist.

Herr Hollatz hat den Bericht gesehen, welcher ihn bewegt hat. Das Haus am Sodenmattsee I ist Bestandteil des Stadtteils. Ziel ist die qualitativ hochwertige Pflege und den Menschen ein Zuhause zu bieten. Dies ist allerdings aufgrund des aktuellen Fachkräftemangels und von Fluktuation nicht immer einfach. Es hat in diesem Zusammenhang auch einen Wechsel der Hausleitung gegeben. Inzwischen ist eine langjährige Pflegedienstleitung zur Einrichtungsleitung bestellt worden. Personalengpässe sind durch Leiharbeiter:innen aufgefangen worden, so dass man derzeit sogar über dem Standard liegt. In der Vergangenheit sind die Vorgaben höchstens tageweise nicht erfüllt worden. Es werden zurzeit keine neuen Bewohner:innen aufgenommen. Von 86 Plätzen sind 52 belegt. Die Situation hat sich durch diese Maßnahmen nachhaltig und deutlich verbessert. Ziel ist ein festes, eigenes Personalteam und ein wirksames Qualitätsmanagement. Von der Wohn- und Betreuungsaufsicht ist man gut beraten und begleitet worden.

Frau Hinrichsen verweist auf die Schutzrechte der Bewohner:innen, welche als Ordnungsbehörde sichergestellt werden. Es werden Beschwerden aufgenommen und Berichte angefordert. Die Wahrheit liegt meistens dazwischen. Die Einrichtungen werden von der Aufsicht auch aufgesucht. Mit den Beschwerdeführern:innen wird stets Kontakt gehalten. Es gilt, die Defizite auszugleichen, wobei sie ergänzt, dass alle Träger von Pflegenotsituationen betroffen sind. Die Qualität hat durch den Fachkräftemangel gelitten. Der Belegungsstopp ist ein moderates, wirksames Mittel zur Verbesserung der Situation. Der Austausch mit der Einrichtung läuft sehr gut.

Frau Schommer fügt hinzu, dass es seit Sommer gehäufte Beschwerden, nämlich eine durch die als verlässlich bekannte Bewohnerfürsprecherin, eine interne und eine externe Eingabe, gegeben hat. Die Einrichtung hat keine Kosten gescheut, die Mängel zu beheben.

Auf Nachfrage aus dem Ausschuss antwortet Herr Hollatz, dass der Belegungsstopp noch nicht aufgehoben werden soll und wenn, dann nur in Schritten. Die o.g. Maßnahmen sind auf Dauer ausgelegt. Außerdem bildet die Gruppe selbst aus, um Fachpersonal zu gewinnen. Im Hause sind 2 regionale Praxisanleiter:innen beschäftigt. Um Personal anzuwerben, werden zusätzlichen Leistungen geboten.

Aus dem Ausschuss wird gefragt, ob die Besuche der Wohn- und Betreuungsaufsicht unangemeldet stattfinden. Frau Schommer erklärt, dass die Besuche in der Regel unangemeldet erfolgen.

Auf die Frage, woher die Fachkräfte gewonnen werden, erläutert Herr Hollatz, dass diese vorwiegend aus Albanien, Serbien, Philippinen kommen. Auf diese Mitarbeiter:innen ist man sehr stolz.

Eine Facebook-Nutzerin bemängelt, dass die Einrichtung nicht an den Netzwerktreffen im Stadtteil wie die WiN AG teilnimmt. Herr Hollatz antwortet, dass es Ziel sei, wieder mehr in den Stadtteil zu gehen.

TOP 2 Obdachlosigkeit bzw. Wohnungslosigkeit

Dem Tagesordnungspunkt liegt der Beschluss der Beirates Mitte zugrunde. Der Vorsitzende weist auf die gesonderte Situation in Huchting hin.

Aus dem Ausschuss wird an alle appelliert, aufmerksam zu sein, zu helfen und ggf. draußen Schlafende zu wecken.

Der Ausschuss tauscht sich über die Problematik und über Orte der Obdachlosigkeit in Huchting aus.

Ein Ausschussmitglied weist auf die Einrichtung für Obdachlose am sogenannten „Huchtinger Kreisel“ hin. Das Ortsamt wird sich erkundigen, wer Träger des Hauses ist und ob man sich dort melden kann.

Außerdem wird aus dem Ausschuss angeregt, Streetworker oder die „Suppenengel“ einzubeziehen, weil die Menschen nicht unbedingt in die Innenstadt kommen, um Hilfe zu erhalten.

Ein Ausschussmitglied weist auf die kommende „Päckchenaktion für Obdachlose“ hin. Es wird darum gebeten, Päckchen mit Essen, alkoholfreien Getränken, Spekulatius, Hygienartikeln, Kerzen o.ä. zu packen. Nähere Informationen folgen über Facebook in der Gruppe „Wir sind Huchting“.

Der Ausschuss stellt einvernehmlich fest, dass sich der Beschluss des Beirates Mitte ausschließlich auf Orte in der Innenstadt bezieht. Zunächst sollen die angefragten Informationen eingeholt werden und das Thema in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

TOP 3 Verschiedenes/Mitteilungen

Es wird mitgeteilt, dass in der 46. Kalenderwoche mehrere Impfkationen an der Roland zu Bremen Oberschule, der Oberschule an der Hermannsburg, dem Alexander von Humboldt Gymnasium sowie an der Robinsbalje 22 stattfinden. Weitere Infos sind der Homepage des Ortsamtes Huchting zu entnehmen.

Donnerstag, 11.11.2021, 16 Uhr wird die Open-Air-Ausstellung „Corona Spuren“ in Huchting eröffnet.

Außerdem findet am 13. und 14.11.2021. eine Ausstellung des Kunstvereins Huchting statt.

Termine:

-15.11.2021, 19 Uhr Beirat Huchting

-16.11. und 23.11.2021, 18 Uhr Fachausschuss Bau, Stadtentwicklung, Wirtschaft, Umwelt- und Klimaschutz sowie Verkehr

-26.11.-28.11.2021 Huchtinger Advent, Weihnachtsmarkt

Ende der Sitzung: 19:25 Uhr

gez.
Frau Wendt
(Fachausschusssprecherin)

gez.
Herr Schlesselmann
(Vorsitz und Protokoll)

Beschluss des Beirats Mitte

vom 26. Mai 2021

zum

Schutz wohnungsloser Menschen durch akzeptierte Orte

In der Stadtgemeinde Bremen sind aktuell bzw. nach wie vor mehrere Hundert Menschen wohnungs- oder obdachlos. Die Ursachen hierfür sind sehr vielfältig. Oftmals ist die Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit das Ergebnis eines längeren Prozesses, in dessen Verlauf sich die soziale Lage der betroffenen Menschen dramatisch verändert hat. Der Verlust des Arbeitsplatzes, eine Trennung oder andere tiefgreifende Veränderungen in der familiären Situation, Alkoholismus oder Drogensucht, aber auch Migrationsprozesse bzw. Fälle, in denen Betroffene Opfer von Schleppern werden, können hierfür ursächlich sein. Ebenso vielfältig und unterschiedlich ausgeprägt sind die hiermit einhergehenden Probleme der Betroffenen, ihre gesundheitlichen Einschränkungen oder der Grad der Verelendung. Insgesamt sind Wohnungs- bzw. Obdachlose äußeren Einflüssen oder möglichen Angriffen Dritter häufig relativ schutzlos ausgeliefert und werden deshalb oftmals auch Opfer von Straftaten. Obdachlose Frauen sind hierbei in besonderer Weise betroffen.

Obdachlosigkeit bzw. Wohnungslosigkeit ist in der Regel kein frei gewähltes Schicksal. Die allermeisten Menschen wünschen sich eine eigene Wohnung, waren bzw. sind jedoch nicht in der Lage eine Wohnung zu bekommen oder zu halten.

In Bremen gibt es aktuell ein vielfältiges Spektrum an Hilfsangeboten, um obdachlosen oder von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen zu helfen. Die mit diesen Angeboten verfolgten Zielsetzungen sind ebenso vielschichtig und orientieren sich an den jeweiligen Lebenslagen und Unterstützungsbedarfen der Betroffenen. Sie reichen von Hilfe bei der Vermeidung des Verlusts der Wohnung über die Bereitstellung bzw. Vermittlung von einfachem Wohnraum bis hin zu kurz- oder mittelfristigen mehr oder weniger zeitlich begrenzten Plätzen in Gemeinschaftsunterkünften. Nicht zuletzt auch um Fehlentwicklungen in der Vergangenheit zu korrigieren, sollen einzelne vorhandene Angebote ausgebaut bzw. weitere Angebote geschaffen werden. Die Stadtbürgerschaft hat hierzu am 19.11.2019 den Antrag: „Obdachlosigkeit bekämpfen, *Housing First* auch in Bremen umsetzen“ beschlossen. Hierin wird der Senat aufgefordert, seine Anstrengungen zu verstärken und ein Konzept zu erstellen, um etwa durch eine Ausweitung von Belegrechten oder die Schaffung von einfachen Wohnangeboten mehr Menschen in Wohnungen zu bringen. Es soll aber auch das Ziel verfolgt werden, die soziale und gesundheitliche Begleitung der Betroffenen kurzfristig zu intensivieren.

Dieser Ansatz ist absolut richtig. Allerdings wird es auch Betroffene geben, die mit diesen Angeboten nicht erreicht werden können, etwa, weil sie wegen ihrer persönlichen Veranlagung noch nicht in der Lage sind, in einer festen Wohnung, etwa im Geschosswohnungsbau zu leben. Hier bietet das Konzept der mobilen, so genannter *Tiny-Houses*, einen vielversprechenden Ansatz, um einen Übergang zu ermöglichen und weitere Verelendung zu verhindern. In Extremfällen gibt es auch Menschen, die es wegen stark auffälligen Verhaltens oder stark fortgeschrittener Verelendung noch nicht einmal schaffen, die entsprechenden Gemeinschaftseinrichtungen zu erreichen oder sich darin zu halten. Es bedarf der Möglichkeit bzw. der Orte den Kontakt zu diesen Menschen zu halten, um sie mit Hilfe der begleitenden Sozialarbeit mit Angeboten zu erreichen, die ggf. perspektivisch ein erster Schritt zu einer späteren eigenen Wohnung sein können.

In Bremen gibt es eine Vielzahl Orte, an denen sich Wohnungs- oder Obdachlose, aber auch Menschen mit schwerwiegenden sozialen Problemlagen, wie z. B. Alkohol- oder Suchterkrankungen, die noch eine eigene Wohnung besitzen, tagsüber aufhalten. Einige sind als solche definiert bzw. eingerichtet und werden zum Teil betreut, andere haben sich durch die Nutzungen entwickelt und werden mehr oder weniger toleriert. Oftmals können die Betroffenen hier aber auch durch Angebote über *Streetworker*innen* oder andere aufsuchende Hilfen, wie z.B. die Suppenengel, erreicht werden. Diese Orte verteilen sich zwar über die Stadt, finden sich jedoch oftmals an zentralen öffentlichen Plätzen oder im Umfeld des Hauptbahnhofes bzw. in der Nähe von Angeboten der Drogen- oder Wohnungslosenhilfe und damit besonders häufig im Stadtteil Mitte. Es ist in jedem Fall zu begrüßen, dass den Menschen auch an den nicht definierten Orten aktuell überwiegend nicht mit restriktiven Verdrängungsmaßnahmen begegnet wird. Trotzdem gehen mit der teilweise exzessiven Nutzung des öffentlichen Raumes am Hauptbahnhof, z.B. im Haltestellenbereich, Konflikte einher, für die auf die Dauer Lösungen gefunden werden müssen.

Beschluss:

Vor diesem Hintergrund,

- begrüßt der Ausschuss Soziales, Bildung und Kultur des Beirates Mitte das von der Stadtbürgerschaft beschlossene Programm *Housing First* und dessen Ansatz einer Kombination aus vorrangiger langfristiger Vermittlung in Wohnungen und kurzfristiger Ausweitung der gesundheitlichen und sozialen Betreuung und wünscht sich eine möglichst zeitnahe Umsetzung.
- fordert der Ausschuss, den sogenannten *Szene-Treff* am Hauptbahnhof, soweit dies möglich ist, zeitnah wieder in Betrieb zu nehmen bzw. eine konzeptionelle Alternative zu entwickeln und umzusetzen, welche adäquate Lösungen für die in der ersten Betriebsphase (vor Beginn der Corona-Pandemie) zu Tage getretenen Probleme (Konflikte zwischen einzelnen Nutzer-Gruppen, Unzulänglichkeiten der Örtlichkeit etc.) bietet
- spricht sich der Ausschuss grundsätzlich dafür aus, dass bedarfsentsprechend weitere Orte geschaffen oder toleriert werden, an denen sich Obdach- oder Wohnungslose bzw. Menschen mit schwerwiegenden sozialen Problemlagen, Alkohol- oder Suchterkrankungen toleriert aufhalten können:
 1. Die Orte sollen sich an den bestehenden Bedarfen orientieren und gegebenenfalls an vorhandenen Strukturen oder bereits genutzten Orten anknüpfen. Die Orte sollten den Bedarfen folgen, wobei regionale Ballungen von Problemlagen vermieden werden sollen.
 2. Die Einrichtung oder der Unterhalt der Orte darf nicht zu größeren Konflikten mit ihrer Umgebung führen. Bei der Identifikation der Bedarfe und möglicher geeigneter Orte kommt den Stadtteilbeiräten eine wichtige Rolle zu. Sie üben diese zusammen den Trägern der Sozialen Arbeit in den Bereichen Drogen- und Wohnungslosenhilfe sowie der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport aus. Eine Zusammenarbeit mit Betroffenenorganisationen wie dem Bremer Aktionsbündnis „Menschenrecht auf Wohnen“ ist ebenfalls anzustreben. Der Konfliktvermeidung soll gegebenenfalls auch die Schaffung geeigneter bedarfsorientierter Infrastruktur dienen um negative Auswirkungen auf die Umgebung zu reduzieren bzw. zu verhindern, z.B. durch die Aufstellung mobiler sanitärer Anlagen.
 3. In Einzelfällen sollten auf solchen Flächen gegebenenfalls auch temporäre Übernachtungen für Menschen ermöglicht werden, die nicht in der Lage sind, den Weg in eine der bestehenden Unterkünfte zu finden oder sich dort adäquat zu verhalten. Diese Möglichkeit stellt ausdrücklich keine Abkehr von der vorrangigen Zielsetzung dar, Menschen perspektivisch in eigene Wohnungen zu bringen, sondern soll eine Alternative zu schutzlosem Übernachten an wahllosen Orten sein. Sie soll weiterhin dem Zweck dienen, den Kontakt zu den oftmals besonders stark Betroffenen nicht zu verlieren, um sie ggf. mit Angeboten erreichen zu können.
 4. Bei entsprechender Eignung sollte an diesen Orten auch die Aufstellung mobiler *Tiny-Houses* in Betracht kommen.
- Der Ausschuss bzw. der Beirat Mitte werden einen entsprechenden Prozess initiieren, um im Beiratsgebiet etwaige Bedarfe und Möglichkeiten zu prüfen und mögliche geeignete Flächen und Kooperationspartner zu identifizieren. Der Beirat appelliert an die anderen Beiräte, sich des Themas auch in ihren Beiratsgebieten anzunehmen.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Bremen, den 26. Mai 2021

Der Fachausschuss für Soziales, Bildung und Kultur des Beirats Mitte